



## Breites Bündnis „Verkehrswende jetzt!“ protestiert in Bonn gegen Aus- und Neubau von Autobahnen

Bonn 13.04.23

Mit einer zweistufigen Aktion stellt sich das Bündnis „Verkehrswende jetzt!“ gegen den geplanten massiven Autobahnausbau rund um Bonn. Zum Auftakt wird am 17.04.23 um 16 Uhr im Bonner Hofgarten ein riesiges Banner (150 x 31 Meter) mit der Aufschrift „Keine neuen Autobahnen“ ausgebreitet. Und am 22.04.23 startet um 15 Uhr am Poppelsdorfer Schloss eine Demonstration, die zum Endenicher Ei ziehen wird. Ihr Motto lautet: „Milliarden betoniert statt in Zukunft investiert: NEIN zum Ausbau von A565 und A59 und zur Rheinspange!“ Die Demonstration findet im Rahmen der Aktionstage „Mobilitätswende Jetzt!“ von „Wald statt Asphalt“ und der Kampagne „Rote Klimakarte für den Bundesverkehrswegeplan“ von Parents for Future statt.

Der geplante massive Autobahnausbau zwischen Bonn und Köln ist eine akute Gefahr für die Einhaltung der Klimaziele, nicht nur in Bonn. Er sorgt, wie uns die Verkehrswissenschaft lehrt, für mehr Autoverkehr und mehr Stau. Und für massive Flächenversiegelung, den Verlust hunderttausender Bäume, mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Feinstaub. Auf den Autobahnen A4, A59, A61, A553, A560 und A565 sind ca. 300 km zusätzliche Fahr- und Standstreifen geplant, allein im Bonner Stadtbereich summiert sich das auf 47 km oder 240.000 m<sup>2</sup> zusätzlich versiegelte Fläche. Die dort investierten Milliarden Euro und Planungskapazitäten fehlen bei der Sanierung maroder Brücken, dem Schienenausbau und dem Ausbau der Radinfrastruktur.

Gegen diese zukunftsfeindliche Fehlplanung protestiert das breite Bündnis „Verkehrswende Jetzt!“ aus 28 lokalen und regionalen Gruppen und Organisationen und fordert eine echte Überprüfung aller Projekte des verfassungswidrigen Bundesverkehrswegeplans 2030 sowie eine Wende hin zu einer zukunftsgerichteten Infrastrukturplanung. Dabei müssen die Berechnungsgrundlagen der Planungen dringend überprüft werden, wie es Prof. Dr. Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB und viele andere Verkehrsforscher:innen fordern. Dass der Bau neuer Straßen neuen Verkehr verursacht, wurde bislang nur unzureichend berücksichtigt. Untersuchungen, die durch veränderte Arbeitsgewohnheiten, nämlich eine vermehrte Nutzung von „Home Office“, einen massiven Rückgang des Pendelverkehrs prognostizieren, werden schlicht ignoriert.

Vor Kurzem hat die Regierungskoalition unter großem Protest der Umweltverbände und ForFuture-Gruppen beschlossen, das Klimaschutzgesetz aufzuweichen, indem die Sektoren miteinander verrechnet werden und statt jährlicher Überprüfungen ein „mehrjähriger“ Überprüfungszeitraum verabredet wird. Das kommt vor allem dem Verkehrsministerium zugute, das seine Klimaziele zum wiederholten Male krachend verfehlt hat und sich weigert, adäquate Sofortmaßnahmen vorzulegen. Zugleich wurden 144 Autobahnausbauprojekte für eine beschleunigte Umsetzung ausgewählt. Aufgrund fehlender Planungskapazitäten würden dadurch Sanierungsmaßnahmen an maroden Brücken und der dringend notwendige Ausbau von Rad- und Schieneninfrastruktur wie der Radschnellweg Bonn-Rhein-Sieg parallel zu A565 und A59 verzögert werden. „Die Infrastruktur-Entscheidungen von heute prägen das Mobilitätsverhalten von morgen. Daher müssen wir jetzt protestieren, wenn fatale Fehlplanungen vorgenommen werden, unter denen zukünftige Generationen leiden müssten.“ meint Angela Austermann von Parents for Future Bornheim/Swisttal/Weilerswist. „Flächenversiegelung ist heute, in Zeiten zunehmender Klimaerhitzung, ein großes Problem. Die enormen Flächen, die durch zusätzliche Fahrspuren versiegelt werden sollen, sind nur schwer vorstellbar. Wenn wir am 17.04. einen Großteil des Hofgartens mit dem 4650 qm großen Banner ‚Keine neuen Autobahnen‘ bedecken, hilft dies zur Verdeutlichung: Es wären mehr als 50 solcher riesiger Banner nötig, um die Fläche zu bedecken, die allein innerhalb

des Bonner Stadtgebietes für zusätzliche Fahrspuren und Standstreifen versiegelt werden soll. Dieser klimaschädliche Irrsinn muss rechtzeitig gestoppt werden.“ ergänzt Susanne Walter von Parents for Future Bonn.

Dem Bündnis „Verkehrswende jetzt!“, das zur Demonstration aufruft, gehören 29 Gruppen/Organisationen an: ADFC Bonn/Rhein-Sieg, Aktion Baumwächter, AntiAtomBonn, attac Bonn, A4Minus, Bonn im Wandel, BUND Bonn, BUND Rhein-Erft, BUND Rhein-Sieg, Bürgerinitiative „Nein zur Rheinspange, Ja zur Null Lösung“, BI Bürger gegen die Brücke, BI Umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur für den Raum Köln-Bonn-Niederkasel-Troisdorf, Dicker-Pulli-Tag, Extinction Rebellion Bonn, Fridays for Future Bonn, Fridays for Future Bornheim, FUSS e.V. Bonn, German Zero Bonn, Greenpeace Bonn, Landschaftsschutz-Verein Vorgebirge, Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge, Health for Future Bonn, Moratorium A565, Parents for Future Bonn, Parents for Future Bornheim/Swisttal/Weilerswist, Psychologists4Future Bonn, Radentscheid Bonn, VCD Bonn/Rhein-Sieg/Ahr, Verkehrsforum Bonner Bürgerinitiativen.

Kontakt:	Malte Kleinwort	Lasse Scherbarth
	Parents for Future	Fridays for Future
	<a href="mailto:bonn@parentsforfuture.de">bonn@parentsforfuture.de</a>	lasse.scherbarth@icloud.com
	0151-17821352	0151-40376362

Links:

- Homepage zur Demonstration: [https://www.parentsforfuture.de/de/Demo\\_Bonn\\_22-04-2023](https://www.parentsforfuture.de/de/Demo_Bonn_22-04-2023)
- Bundesweite dezentrale Aktionstage „Mobilitätswende Jetzt!“: <https://wald-statt-asphalt.net/soziale-und-klimagerechte-mobilitaetswende-jetzt-2023/>
- Kampagnenseite zur Roten Klimakarte für den Bundesverkehrswegeplan: [www.roteklimakarte.de](http://www.roteklimakarte.de)
- Der BVWP ist gemäß Rechtsgutachten des BUND verfassungswidrig: [https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/mobilitaet/mobilitaet\\_bvwp\\_2030\\_rechtsgutachten.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/mobilitaet/mobilitaet_bvwp_2030_rechtsgutachten.pdf)

## Aufruf vom Bündnis „Verkehrswende Jetzt!“ zur Demonstration am 22.04.2023:

*Zum wiederholten Mal werden die Klimaziele im Verkehrssektor deutlich gerissen. Statt die längst überfällige Verkehrswende einzuleiten, sollen nach dem Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) und den Plänen des FDP-Verkehrsministers weitere Autobahnen neu und ausgebaut werden. Dieser Plan ist laut Rechtsgutachten des BUND verfassungswidrig. Neue Fahrspuren wie auf der A565 und der A59 oder bei der geplanten "Rheinspange" bedeuten mehr Autoverkehr, mehr Stau und weniger Finanzmittel für Bahn und Bus sowie für Rad- und Fußwege. Das steht in klarem Widerspruch zu den gesetzlich vorgeschriebenen Klimaschutzzielen.*

### **DAHER FORDERN WIR:**

- » Kein Neu- oder Ausbau von Autobahnen: Nein zum Ausbau von A565 und A59 und zur Rheinspange! Nein zur Südtangente!
- » Grundlegende Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans und Erstellung eines verfassungskonformen und zukunftsfähigen Bundesmobilitätsplans
- » Klare Prioritäten: Instandhaltung der teils maroden Verkehrsinfrastruktur und konsequenter Ausbau des vernachlässigten Schienen- und Radwegenetzes.
- » Bau des Radschnellwegs Bonn-Rhein-Sieg parallel zu A565 und A59.
- » Mehr Geld für einen attraktiveren ÖPNV - auch im ländlichen Raum.
- » Höhere Löhne für Beschäftigte im ÖPNV und Fernverkehr.
- » Abschaffung aller den Autoverkehr fördernden Subventionen.



**Der BVWP ist gemäß Rechtsgutachten des BUND verfassungswidrig.**

